

Mitteln das Wachstum anzukurbeln, die Inlandsmärkte sind weitgehend gesättigt und das längerfristige Setzen auf Exporte als Wachstumsmotor ist riskant; weiter dürften Ressourcenknappheit und steigende Ressourcenpreise Wachstum dämpfen, ebenso wie die Erfüllung der klimapolitischen Verpflichtungen.

Angesichts dieser Perspektiven steht es an, die Wachstumsabhängigkeit zentraler gesellschaftlicher Bereiche zu durchbrechen – neben Gesundheit und Alterssicherung betrifft dies vor allem den Konsumsektor, Arbeitsmarkt, die Bildung, Unternehmen, das Banken- und Finanzsystem – und politische Ziele wie Verteilungsgerechtigkeit unabhängig vom Wirtschaftswachstum zu realisieren. Auch für diese Bereiche liegen zahlreiche Ansatzpunkte und Ideen vor.

Die in diesem Beitrag geführte Argumentation deutet an, welches die wesentlichen Elemente einer Postwachstumsgesellschaft sind. Erstens findet keine Politik

zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt. Zweitens werden wachstumsabhängige und wachstumstreibende Bereiche, Institutionen und Strukturen so umgebaut, dass sie von Wirtschaftswachstum unabhängig sind. Drittens wird, um die natürlichen Grundlagen zu erhalten, der Verbrauch an Energie- und Ressourcen inkl. Fläche und Biodiversität gestoppt und der Verbrauch entsprechend der Nachhaltigkeitsziele zurückgefahren.

In einer Postwachstumsgesellschaft, insbesondere während der Transformation, werden einzelne Bereiche wachsen, andere werden schrumpfen, so wie dies bei jeder Entwicklung und bei jedem Strukturwandel der Fall ist. Insgesamt aber ist eine Postwachstumsgesellschaft unabhängig von gesamtwirtschaftlichem Wachstum und sie verfügt über einen volkswirtschaftlichen Ordnungsrahmen, der diese Unabhängigkeit sichert und eine flexible Gestaltung von Wachstums- wie Schrumpfungprozessen ermöglicht.

Lars Castellucci

Grundeinkommen als Projektion und Mahnung

Die Grünen, Die Linke, gar CDU und FDP diskutieren über ein Grundeinkommen. Die SPD, die Partei der Arbeit, steht abseits. Fehlt es an visionärer Kraft, hat sie andere, bessere Ideen oder ist die Absage der Grundwertekommission an ein Grundeinkommen einfach überzeugend genug und die Debatte damit beendet bevor sie richtig begonnen hat?

Es gibt gute Gründe, warum der Gedanke eines Grundeinkommens Sympathien auch bei Sozialdemokraten hervorruft. Der Wichtigste ist vielleicht die Freiheit, die durch dieses Wort durchscheint. Willy Brandt hat 1987 in seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender gesagt: »Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen.



Christina Laube, Mannheim

Lars Castellucci

(* 1974) ist Politikwissenschaftler und stellv. Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg.

mail@lars-castellucci.de

Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und Furcht.«

Es wird freilich über ganz unterschiedliche Dinge geredet, wenn es um das Thema Grundeinkommen geht. Die einen meinen »bedingungslos«, die anderen sagen »garantiert«, Götz Werner z.B. (der Gründer der dm-Drogerie-Markt-Kette, *die Red.*) verknüpft das Modell eines »bedingungslosen Grundeinkommens« mit einer radikalen Steuerreform, die nur noch Konsumsteuern kennt, 50 % Mehrwertsteuer für die Rentnerin wie den Einkommensmillionär. In Kreisen von CDU oder gar FDP geht es beim Thema Grundeinkommen eher um Sozialabbau. Alle Sozialleistungen bis hin zum Kindergeld fallen weg. Ohne Ansehen der Person muss ein Pauschalbetrag für alle reichen. Ist das die Gleichheit, die wir meinen? Nein, das ist ein Missverständnis. Gleichheit meint, Gleiches gleich behandeln, also den Menschen als Mensch, nicht Ungleiches gleich, also die Gesunde wie den Kranken, den Alten wie die Junge, den stärker Hilfsbedürftigen wie den weniger Hilfsbedürftigen.

Sehnsuchtsort Grundeinkommen

Wenn das Thema Grundeinkommen auf der Tagesordnung steht, kommen die Menschen in Scharen. Natürlich eher zu den Stiftungen, Sozialverbänden und Kirchen, weniger zu den Parteien, von denen die Menschen generell nicht viel erwarten. Vielleicht bilden Die Grünen zur Zeit die Ausnahme. Sie sind auch ein Sehnsuchtsort, eine Projektionsfläche, die bunt mit den eigenen Träumen bemalt und dann für schön befunden wird, ziemlich unabhängig von der Sache selbst.

Was steckt hinter dieser Sehnsucht? Vielleicht kann man sich einer Antwort kontrafaktisch nähern. Also: Wo war zuletzt definitiv keine oder wenig Sehnsucht? Als die Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren Ausläufern wir uns mindestens noch befinden, alles erschütterte, Banken zu-

sammenbrachen, ganze Staaten zu kollabieren drohten, da dachten die Sozialdemokraten: Wir haben es schon immer gesagt. Den Markt darf man nicht sich selbst überlassen. Der viel gescholtene, handlungsfähige Staat ist jetzt endlich wieder gefragt und spannt Rettungsschirm um Rettungsschirm für Unternehmen, Arbeitsplätze und Kommunen. Tatsächlich hat sich der Sozialstaat abermals bewährt. Kurzarbeit hat Beschäftigung gesichert und Konjunkturpakete haben zur Stabilisierung beigetragen. Gleichwohl hat die SPD mit der selbstbewussten Staatsrhetorik die Menschen nicht erreichen können. Diese haben am Ende absurderweise FDP gewählt, die geistigen Wegbereiter der Krise, und damit den Bock zum Gärtner gemacht. Der Sozialstaat, die organisierte Solidarität, ist also trotz ihrer Errungenschaften kein Sehnsuchtsort, nichts womit Menschen Hoffnungen verbänden.

Woran mag das liegen? Zunächst haben viele Menschen, gerade in Deutschland, negative Grunderfahrungen mit dem Staat generell, nicht zuletzt aus zwei Diktaturen des 20. Jahrhunderts resultierend. Aber viel alltäglicher erleben die Menschen den Sozialstaat als bloße Bürokratie, als kalten Richter über Wohl und Wehe, zerrissen zwischen Kostenbewusstsein und Hilfestellung. Er tritt ihnen in unverständlichen Formulare und Anschreiben gegenüber. Sie erleben den Sozialstaat nicht als Helfer, sondern in der Ablehnung der höheren Pflegestufe, in der Aufforderung, eine günstigere Wohnung zu suchen und damit das gewohnte Lebensumfeld zu verlassen, als Verschiebebahn, wo sich niemand ernsthaft und ganzheitlich um ihr Anliegen kümmert. Da wächst die Sehnsucht nach dem ganz Anderen, dem Neuanfang, der einen, einfachen Idee, die alle Probleme gleichzeitig löst, Freiheit, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit verwirklicht und dabei noch Kosten spart.

Wie viel mühsamer erscheint es demgegenüber, das bestehende Paradigma der

Arbeitsgesellschaft zu ergänzen, organisch weiterzuentwickeln. Hat es doch soviel Leuchtkraft eingebüßt, weil das Versprechen von Vollbeschäftigung seit Jahrzehnten uneingelöst bleibt. Als Frank-Walter Steinmeier im Bundestagswahlkampf 2009 mit dem Deutschlandplan als Einziger ein konkretes, auf die Zukunft gerichtetes Konzept vorlegte, hörten viele nur »zwei Millionen neue Arbeitsplätze« und »Vollbeschäftigung« und verloren sofort Vertrauen und Interesse an den Inhalten. Zu oft hatte Wahlkampfprhetik hier schon Enttäuschungen produziert. Dabei bestätigt beispielsweise eine aktuelle Untersuchung für das Bundesumweltministerium, dass sich die Arbeitsplätze im Bereich regenerativer Energien seit 2004 trotz Wirtschaftskrise mehr als verdoppelt und bis 2030 ein Potenzial von über einer Million Arbeitsplätzen haben.

Experiment an lebenden Objekten

Das Grundeinkommen als Paradigmenwechsel, jungfräulich, noch ohne Schrammen einer Bewährungsprobe, verlangt eine ebenso kritische Infragestellung, wie sie die Vision der Arbeitsgesellschaft mit Vollbeschäftigungsversprechen hervorruft. Schließlich wäre eine Systemumstellung ein Experiment an lebenden Objekten, keine Versuchsanordnung im geschützten Labor. Wer sagt, dass ein Paradigmenwechsel als Antwort auf vorhandene Probleme nicht einerseits Probleme löst, aber andererseits neue hervorruft? Was verändert sich in der Gesellschaft alles, wenn ihre Grundlage umdefiniert wird? Der Rechtswissenschaftler Görg Haverkate hat seine Verfassungslehre mit »Verfassung als Gegenseitigkeitsordnung« unterschrieben. Brauchen wir nicht mehr Gegenseitigkeit statt weniger? Wie tätig ist ein Mensch, der nicht auch muss, sondern nur kann? Was macht man mit Menschen, die nicht arbeiten wollen?

Götz Werner sagt: »Egal, Hauptsache, sie hängen nicht mehr in den Unternehmen herum« – eine betriebswirtschaftlich nachvollziehbare, aber volkswirtschaftlich unzureichende Antwort.

Welche Auswirkungen hätte die Systemumstellung auf andere Bereiche, also beispielsweise den Fachkräftebedarf der Wirtschaft? Nehmen wir an, auch nur fünf oder zehn Prozent des Arbeitskräftepotenzials zögen eine Auszeit mit Grundeinkommen einer wertschöpfenden Tätigkeit vor, vielleicht am Ende gar die gut Ausgebildeten, die neben einem Grundeinkommen vielleicht noch weitere Einkünfte beziehen. Wer erledigt künftig Arbeiten, die nicht jeden Tag Freude bereiten und Selbstverwirklichung in sich tragen? Wie berührt das Grundeinkommen die Verteilungsfrage? Die Befürworter sagen, dass sich heute gering entlohnte oder überhaupt nicht nachgefragte Tätigkeiten mit einem Grundeinkommen rechnen – für Unternehmen, die weiter Minilöhne für gute Arbeit zahlen, wie für die Beschäftigten, die ihr Grundeinkommen zusätzlich behalten können. Was ist das aber anderes als ein gigantischer Kombilohn, der die Wirtschaft auf Kosten der steuerzahlenden Allgemeinheit, also eben nicht der Gesamtheit, entlastet? Die Grundeinkommens-Befürworter wollen zu Recht mehr Würde im System. Ist es nicht würdiger, für gute Arbeit anständig entlohnt zu werden, ohne dass der Staat noch etwas draufpacken muss?

Schauen wir auf die, die Transferleistungen beziehen. Ist nicht eine Lehre aus den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010, dass Pauschalierung an Grenzen stößt, weil Gerechtigkeit auch erfordert, dem Einzelnen (und seinen Bedürfnissen) gerecht zu werden? Wie unterschiedlich sind doch 800 oder 1.000 Euro im Portemonnaie einer jungen Studentin mit Lebensträumen im Vergleich zu einer Person, die aus welchen Gründen auch immer mehrfach gescheitert und mit unterschiedlichen Prob-

lemen belastet ist. Die Sozialpolitiker stehen heute vor immensen Problemen. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, das Auseinanderfallen der Gesellschaft generell in kleinste Gruppen und isolierte Individuen, die Integrationsanforderungen nach der gewonnenen Einsicht, ein Zuwanderungsland zu sein, der demografische Wandel mit der Alterung der Gesellschaft, die Notwendigkeit eines neuen Bildungsaufbruchs – nichts von alledem lässt sich mit Geldverteilen alleine lösen. Teilhabe sichernde öffentliche Güter, Ausbau aufsuchender Beratung, Investitionen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, all dies und noch viel mehr ist auch und zusätzlich zu leisten. Von welchem Geld? Deshalb seien abschließend die Realisierungschancen eines Grundeinkommens angesprochen, die doch weit hinter den konkreten Verbesserungen im bestehenden Sozialsystem zurückstehen. Wie groß wird die Enttäuschung, wie prekär wird die soziale Lage sein, wenn erst das Grundeinkommen scheitert und gleichzeitig die Verbesserungspotenziale im System ungenutzt geblieben sind?

Grundeinkommen als Mahnung

Doch das Grundeinkommen ist nicht nur Sehnsuchtsort, sondern Mahnung zugleich. Mahnung, sich mit unbefriedigenden Zuständen nicht zufrieden zu geben. Mahnung, nicht nur in Kategorien des Machbaren zu denken, wenn die Zukunft Thema ist. Mahnung, die Selbstbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen im Blick zu behalten, wo es um das Soziale geht. Vor allem Mahnung, immer die Würde der Menschen im Blick zu haben; jener, die arbeiten, jener, die auf Hilfestellung angewiesen sind, aller Menschen, denn hier gilt Gleichheit absolut.

Die Frage der Würde ist zentral. Sie betrifft die sozialstaatlichen Leistungen in ih-

rer Angemessenheit, die sozialstaatlichen Verfahren, die einfacher, nachvollziehbarer und ergebnisorientierter gefasst werden müssen, sowie eine Kultur des Sozialen, die sich nicht zuletzt in der Haltung und (Zusammen-)Arbeit der Gesichter des Sozialstaats in Ämtern oder beauftragten Stellen äußert. Eine Verbesserung für diejenigen, die am stärksten auf den Sozialstaat angewiesen sind, wird voraussichtlich vor allem in stärkerer Begleitung bestehen. Der Sozialstaat als Helfer verweist mich nicht nur an spezialisierte Stellen, er nimmt an die Hand.

In der Grundeinkommensthematik steckt ein Keim für die Weiterentwicklung der Arbeitsgesellschaft. Vor dem Paradigmenwechsel lautet die Paradigmenergänzung: Tätigkeitsgesellschaft. Also Ausbruch aus dem engen Korsett der Erwerbsarbeit und Einbezug weiterer gesellschaftlich relevanter Tätigkeiten und damit Erweiterung des Arbeitsbegriffs, der in dieser Form unter anderem in Peer Steinbrücks »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« bereits angelegt war. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Stärkung der Übergänge, wie sie Günther Schmid erdacht und systematisiert hat. Also leichtere und abgesichertere Übergänge zwischen Arbeit und Familienzeiten (Stichwort: Elterngeld), Eigenzeiten (Stichwort: Sabbatical), (Weiter-)Bildungszeiten (Stichwort: Arbeitslosenversicherung als Beschäftigungsversicherung) und Rente (Stichwort: Teilrente). Schließlich kann eine weitere Paradigmenergänzung das Soziale stärken. Fällt das Paradigma des BIP zugunsten einer lebensqualitätsorientierten Definition von qualitativem, nachhaltigem Wachstum, schwindet der Gegensatz zwischen Ökonomie und Sozialem und wird soziale Marktwirtschaft erneuert. Bis dahin sollte das Grundeinkommen diskutiert werden! Es zieht den Sozialstaatsdiskurs nach oben und hilft der Gesellschaft zu klären, was ihr wert und wichtig ist.